

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

9. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 3. Dezember 2009

Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag des Abgeordneten Dr. Heinz Riesenhuber	589 A	Fraktion DIE LINKE: Kehrtwende beim globalen Klimaschutz auf UN-Gipfel in Kopenhagen (Drucksache 17/115)	590 A
Berufung von deutschen Mitgliedern des Europäischen Parlaments zur Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union	589 A	d) Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Ott, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kopenhagen mit verbindlichen und ambitionierten Klimaschutzzielen zum Auftakt einer globalen ökologischen Modernisierung machen (Drucksache 17/120)	590 A
Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung	589 B	Dr. Norbert Röttgen, Bundesminister BMU	590 B
Absetzung der Tagesordnungspunkte 4 a, 5 b und 17	589 D	Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD)	592 B
Zusatztagesordnungspunkt 2:		Michael Kauch (FDP)	594 C
Antrag der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Marie-Luise Dött, Dr. Christian Ruck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Michael Kauch, Harald Leibrecht, Horst Meierhofer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Für ein wirksames und faires globales Klimaschutzabkommen in Kopenhagen (Drucksache 17/100)	589 D	Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE)	595 D
in Verbindung mit		Renate Künast (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	597 D
Tagesordnungspunkt 4:		Dr. Christian Ruck (CDU/CSU)	599 B
b) Antrag der Fraktion der SPD: Die Klimakonferenz in Kopenhagen zum Erfolg führen – Deutschlands und Europas Vorreiterrolle nutzen und stärken (Drucksache 17/105)	590 A	Ulrich Kelber (SPD)	600 C
c) Antrag der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Barbara Höll, Dorothee Menzner, weiterer Abgeordneter und der		Dirk Niebel, Bundesminister BMZ	601 D
		Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	603 A
		Andreas Jung (Konstanz) (CDU/CSU)	604 B
		Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	605 B
		Ulrich Kelber (SPD)	605 D
		Andreas Jung (Konstanz) (CDU/CSU)	606 A
		Michael Kauch (FDP)	606 B

Namentliche Abstimmung	688 A	Dr. Rainer Stinner (FDP)	699 A
Ergebnis	690 C	Michael Groschek (SPD)	700 A
Tagesordnungspunkt 10:			
– Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006 und folgender Resolutionen, zuletzt 1884 (2009) vom 27. August 2009 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Drucksachen 17/40, 17/112(neu))	688 B	Karl-Georg Wellmann (CDU/CSU)	703 B
– Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (Drucksache 17/140)	688 C	Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE)	704 D
Hellmut Königshaus (FDP)	688 C	Karl-Georg Wellmann (CDU/CSU)	705 B
Stefan Liebich (DIE LINKE)	689 B	Stefan Liebich (DIE LINKE)	705 B
Günter Gloser (SPD)	692 B	Katja Keul (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	706 C
Henning Otte (CDU/CSU)	694 A	Thomas Silberhorn (CDU/CSU)	707 C
Inge Höger (DIE LINKE)	694 D	Rainer Arnold (SPD)	708 D
Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	695 C	Thomas Silberhorn (CDU/CSU)	708 D
Hellmut Königshaus (FDP)	696 B	Namentliche Abstimmung	709 B
Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU)	697 B	Ergebnis	710 D
Namentliche Abstimmung	698 C	Tagesordnungspunkt 12:	
Ergebnis	700 D	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu der Verordnung der Bundesregierung: Erste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen – 1. BImSchV) (Drucksachen 17/74, 17/85 Nr. 2.2, 17/135)	709 C
Tagesordnungspunkt 11:			
– Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Drucksachen 17/38, 17/110)	698 D	Andreas Jung (Konstanz) (CDU/CSU)	709 D
– Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (Drucksache 17/141)	698 D	Ute Vogt (SPD)	713 B
		Michael Kauch (FDP)	714 B
		Ralph Lenkert (DIE LINKE)	715 A
		Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	715 D
		Josef Göppel (CDU/CSU)	716 C
		Nächste Sitzung	717 C
		Anlage 1	
		Liste der entschuldigten Abgeordneten	719 A
		Anlage 2	
		Erklärung nach § 31 GO zu dem Antrag: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1890 (2009) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 9)	

<i>Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)</i>	719 C	Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1890 (2009) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 9)	723 B
<i>Ralph Brinkhaus (CDU/CSU)</i>	720 A		
<i>Dr. Heinrich L. Kolb (FDP)</i>	720 B		
<i>Manfred Kolbe (CDU/CSU)</i>	720 C		
<i>Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP)</i>	721 A		
<i>Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)</i>	721 B		
<i>Elisabeth Scharfenberg (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)</i>	721 D	Anlage 5	
Anlage 3		Erklärung nach § 31 GO des Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Hans-Josef Fell, Priska Hinz (Herborn) und Thomas Koenigs (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), zu dem Antrag: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1890 (2009) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 9)	722 C
Anlage 4		Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Sylvia Kotting-Uhl, Memet Kilic, Uwe Kekeritz, Winfried Hermann, Lisa Paus, Monika Lazar, Dr. Harald Terpe, Dr. Hermann Ott, Beate Müller-Gemmeke, Dr. Anton Hofreiter und Bettina Herlitzius (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu dem Antrag: Fortsetzung der	
		Anlage 6	
		Neuabdruck der Antworten des Staatsministers Bernd Neumann	
		– auf die mündlichen Fragen 31 und 32 der Abgeordneten Agnes Krumwiede (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
		– auf die mündlichen Fragen 33 und 34 der Abgeordneten Ulla Schmidt (Aachen) (SPD)	
		– auf die mündlichen Fragen 35 und 36 des Abgeordneten Martin Dörmann (SPD)	
		– auf die mündlichen Fragen 37 und 38 der Abgeordneten Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
		(8. Sitzung, Anlagen 19 bis 22)	724 C

- (A) mit realistischen und verbindlichen Zwischenzielen zu vereinbaren, die bei den friedensbereiten Kräften in allen Regionen ankommt.

Achtens. Unverzüglich mindestens 500 deutsche Polizeikräfte für den Aufbau afghanischer Polizei zur Verfügung zu stellen, sich gemeinsam mit internationalen und afghanischen Partnerinnen und Partner für konkrete Schritte und sichtbare Erfolge bei der Beseitigung von Korruption, Drogen- und Vetternwirtschaft einzusetzen und 2010 freie und faire Parlamentswahlen durchzusetzen.

Neuntens. Sich dafür einzusetzen, dass in Afghanistan die Menschenrechte gewahrt werden, Menschenrechtsorganisationen und die Vereinten Nationen sofort Zugang zu Gefangenen haben und Geheimgefängnisse wie in Bagram schnellstens geschlossen werden.

Ralph Brinkhaus (CDU/CSU): Die Entscheidung über die weitere Beteiligung der Bundeswehr an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) in Afghanistan fällt mir sehr schwer. Mit meiner Stimme entscheide ich letztlich auch über das Leben von Menschen; über das Leben von Deutschen, aber auch über das Leben von Deutschen, aber auch über das Leben von Afghanen. Das hat der folgenschwere Luftangriff vom 4. September 2009 noch einmal deutlich gezeigt.

Es gibt kaum einen höheren Preis für eine politische Entscheidung als ein Menschenleben. Wir müssen uns daher sicher sein, ob wir mit der Verlängerung des ISAF-Mandates unserem Ziel näher kommen, Afghanistan insbesondere mithilfe des zivilen Wiederaufbaus so weit zu stabilisieren, dass das Land nicht erneut Rückzugsraum für Terroristen werden kann, dass eine Radikalisierung Afghanistans nicht die ganze Region destabilisiert, dass mehr Afghanen Zugang zu Bildung und Menschenrechten bekommen.

Angesichts der Tatsache, dass die militärische Auseinandersetzung zu eskalieren droht, die politische Entwicklung von Rückschritten gekennzeichnet ist und sich die Sicherheitslage ständig weiter verschärft, habe ich daran begründete Zweifel.

Ich stimme der weiteren Beteiligung der Bundeswehr an der ISAF trotzdem zu, weil ein Rückzug zu diesem Zeitpunkt ein Vakuum hinterlassen würde, das nicht zu verantworten ist. Ich erwarte aber von der Bundesregierung, dass die bisherige Strategie evaluiert, auf ihre Wirksamkeit überprüft und angepasst wird. Insbesondere bedarf es klar definierter und messbarer Fortschrittskriterien und Ziele, die uns eine stufenweise Übergabe der Verantwortung an die Menschen in Afghanistan ermöglichen. Dazu gehört meines Erachtens insbesondere eine signifikante Stärkung der zivilen Komponente unserer Maßnahmen. Einer weiteren Erhöhung der militärischen Anstrengung zum Beispiel in Form der Entsendung weiterer Truppen stehe ich äußerst kritisch gegenüber.

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Nach wie vor stehe ich der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der

NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan mit großer Zurückhaltung gegenüber. Ich begrüße allerdings ausdrücklich den jetzt erklärten Willen der Bundesregierung und inzwischen auch des amerikanischen Präsidenten, den Einsatz auf ein absehbares Ende hinzuführen.

Im Interesse einer geordneten Beendigung des Einsatzes bin ich bereit, das Engagement der Bundeswehr im Rahmen dieses Mandates befristet mitzutragen.

Zugleich will ich mit meiner Zustimmung nach den Diskussionen um die Vorgänge am 4. September 2009 im Raum Kunduz ein Zeichen der Unterstützung für unsere im Einsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten geben.

Manfred Kolbe (CDU/CSU): Der heute zur Beschlussfassung im Deutschen Bundestag anstehenden Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan – International Security Assistance Force, ISAF – unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1890 (2009), des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen kann ich aus den folgenden Gründen nicht zustimmen:

Erstens. In Afghanistan gelingt es dem Westen offenbar nicht, ein demokratisches Staatswesen aufzubauen und die Menschen innerlich dafür zu gewinnen. Der amtierende Präsident Karzai hat sich wohl nur durch Wahlfälschungen an der Macht gehalten. Auch die Sicherheitslage hat sich weiter verschlechtert, und zwar in Gebieten, die bisher als relativ sicher galten. Die westliche Aufbauhilfe soll an großen Teilen der Bevölkerung vorbeigehen. Armut, Korruption und Hoffnungslosigkeit sollen zunehmen. Präsident Obama am 1. Dezember 2009 in West Point:

Afghanistan is not lost, but for several years it has moved backwards.

Zweitens. Die zunehmende Militarisierung führt zu einer wachsenden Anzahl von unschuldigen Opfern unter der Zivilbevölkerung, hauptsächlich durch Luftangriffe. Mittlerweile dürfte bei solchen „Kollateralschäden“ eine vielfache Anzahl unschuldiger Menschen getötet worden sein wie bei den schrecklichen Terrorangriffen vom 11. September 2001 auf New York, die Ausgangspunkt unseres Engagements waren. Vorläufiger Höhepunkt insoweit ist der auf deutschen Befehl ausgeführte Luftangriff auf zwei Tanklastzüge bei Kunduz vom 4. September 2009 mit circa 150 Toten, darunter wohl vielen Zivilisten. Auch auf mehrfache Nachfragen waren Bundesverteidigungsminister nicht bereit, mir Angaben zu zivilen Opfern in Afghanistan zu machen. Mit jedem unschuldig getöteten Zivilisten bekämpfen wir nicht den Terror, sondern schaffen diesem neuen Zulauf.

(A) Drittens. Ein realistisches Konzept des Westens für Afghanistan vermag ich derzeit nicht zu erkennen. Auch in dem vorliegenden Antrag wird ein solches nicht dargestellt. Vor diesem Hintergrund kann ich es nicht verantworten, deutsche Soldaten in einen lebensgefährlichen Einsatz zu schicken. Wir brauchen vielmehr eine Grundsatzerdebatte darüber, wie die Bundesrepublik Deutschland und der Westen insgesamt den Terror bekämpfen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan aufbauen können.

Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP): Erneut soll der Deutsche Bundestag einer Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan zustimmen. Obwohl mir bekannt ist, dass nach den bisherigen Entscheidungen des Deutschen Bundestages ein sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan kaum möglich ist, werde ich der Verlängerung des Einsatzes nicht zustimmen.

Die Bemühungen der neuen Bundesregierung, endlich Perspektiven für einen Abzug der Bundeswehr zu schaffen, erkenne ich durchaus an. Ebenso den vom amerikanischen Präsidenten Obama für 2011 in Aussicht gestellten Abzug.

Nach wie vor bleibt aber meine Kritik bestehen, dass die Bundeswehr für ihren Einsatz in Afghanistan nicht entsprechend ausgerüstet worden ist. Schon zu lange wurde den Angehörigen der Bundeswehr die notwendige politische wie auch materielle Unterstützung versagt.

Ebenso vermisse ich die dringend notwendige Betreuung der aus Afghanistan zurückkehrenden Soldaten sowie ihrer Angehörigen.

(B)

Entscheidend für meine Ablehnung ist jedoch, dass wir mit dem Einsatz die Bundeswehr und ihre Angehörigen seit Jahren überfordert haben.

Wir haben in Afghanistan Aufgaben übernommen, für die die Bundeswehr zu keinem Zeitpunkt ausgebildet und ausgerüstet war.

Der Einsatz ist auch unehrlich, denn längst ist der Terror, den wir in Afghanistan bekämpfen, nach Pakistan ausgewichen. Doch nur in Afghanistan geht der Einsatz weiter.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des ISAF-Mandates erfolgt zu einem Zeitpunkt, wo Chancen und Risiken des Einsatzes in Afghanistan so hoch wie nie zuvor sind. Bündnis 90/Die Grünen haben schon seit vielen Jahren klare Anforderungen an den Einsatz der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan gestellt: Der Schutz der Zivilbevölkerung soll bei den Militäroperationen höchste Priorität genießen, die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte wird forciert und eine Perspektive für einen Abzug und eine damit verbundene Übergabe der Verantwortung an die afghanischen Institutionen eröffnet.

Gleichzeitig hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan vor allem in den letzten Monaten deutlich verschlechtert. Die Taliban sind in vielen Regionen auf dem

Vormarsch, und das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung Karzai ist gestört. (C)

Der Umgang mit dem von Deutschen angeordneten Bombardement zweier Tanklaster in Kunduz am 4. September dieses Jahres hat gravierende Mängel in der Informationspolitik der Bundesregierung offenbart. Die Regierung hat wochenlang die Existenz ziviler Opfer verschwiegen und den Einsatz als richtig bewertet, obwohl ihr anderslautende Informationen vorlagen. Dieses Verhalten offenbart ein zweifelhaftes Verständnis von der Verfasstheit der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Nur wenn dem Bundestag die größtmögliche Informationsgrundlage für seine Entscheidung über die Auslandseinsätze gegeben wird, kann die Volksvertretung ihre demokratische Entscheidungsfunktion wahrnehmen.

Die Gespräche, die ich und andere Vertreter meiner Partei in den vergangenen Wochen und Monaten mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener afghanischer Organisationen vor Ort und in Deutschland geführt haben, machen mir jedoch klar, dass ein sofortiger Abzug in der heutigen Situation unverantwortbar wäre und einen Großteil der Fortschritte beim Aufbau der zivilen Infrastruktur und der Ausweitung der Bürgerrechte, speziell für Frauen, zunichtemachen würde. Afghanistan droht der Rückfall in einen blutigen Bürgerkrieg.

Vor diesem Hintergrund plädiere ich, wie meine Partei Bündnis 90/Die Grünen, für eine Fortführung des Einsatzes. Ich stehe damit in der Tradition meiner Fraktion, den Einsatz kritisch, aber grundsätzlich solidarisch zu begleiten. Gleichzeitig fordere ich von der Bundesregierung endlich eine umfassende Bilanzierung des bisherigen Einsatzes, eine Neuformulierung der Einsatzziele, den wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung bei allen militärischen Operationen, eine offenere Informationspolitik und eine klare Abzugsperspektive. (D)

Ich stimme dem vorliegenden Mandatsantrag zu. Dies ist eine Gewissensentscheidung. Sie beruht auf der Überzeugung, dass wir den Menschen in Afghanistan, den Soldatinnen und Soldaten und den zivilen Aufbauhelferinnen und -helfern ein Signal der Unterstützung aus der Politik übermitteln müssen. Gerade jetzt, wo sich die vielleicht letzte Chance für eine gemeinsame und taktisch kluge Anstrengung mit dem Ziel eines erfolgreichen Abschlusses des Einsatzes bietet, ist dieses Signal vonnöten.

Ich halte es aber für falsch, die Verlängerung für zwölf Monate zu beantragen, wenn schon jetzt klar ist, dass nach der Londoner Afghanistan-Konferenz Anfang des kommenden Jahres eine Revision der deutschen Mission ansteht. Ich erwarte von der Bundesregierung zumindest, dass sie dem Bundestag nach der Afghanistan-Konferenz ein komplett neues Mandat vorlegt, das auch konkrete Ziele für den zivilen Aufbau und eine Abzugsperspektive beinhaltet.

Elisabeth Scharfenberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ISAF-Mission ist an einem entscheidenden Punkt angekommen. Während auf der einen Seite große Erfolge beim Aufbau der medizinischen Versorgung, von Bildungseinrichtungen und Verkehrsinfrastruktur er-